

## **Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Diese Informationen dienen der Transparenz zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere mit den Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung sowie des Sozialgesetzbuches.

### 1. Verantwortlicher

Verantwortlich für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist die MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach. Die Verantwortliche hat folgende Kontaktdaten:

MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach  
vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Susanne Pfau  
Berliner Str. 190, 63067 Offenbach am Main  
E-Mail: [Mainarbeit@offenbach.de](mailto:Mainarbeit@offenbach.de)

### 2. Datenschutzbeauftragter

Sie erreichen die Datenschutzbeauftragte der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach unter folgenden Kontaktdaten:

MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach  
Behördliche Datenschutzbeauftragte  
Berliner Str. 190, 63067 Offenbach am Main  
E-Mail: [Mainarbeit-Datenschutz@offenbach.de](mailto:Mainarbeit-Datenschutz@offenbach.de)

### 3. Verarbeitungszwecke

Die MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach verarbeitet Daten zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung nach den Vorgaben des Sozialgesetzbuches. Die Grundsicherung für Arbeitssuchende umfasst Leistungen zur Beratung, Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit, insbesondere durch Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit sowie zur Sicherung des Lebensunterhalts. Personenbezogene Daten werden in diesem Zusammenhang auch zur Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger oder Stellen zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch verarbeitet. Zudem erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten zu Zwecken der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zu Statistikzwecken, zur Bearbeitung von Förderanträgen im Bereich des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets sowie für revisionsrechtliche Prüfungen.

### 4. Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Die Datenverarbeitung durch das Jobcenter stützt sich insbesondere auf Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c und e DSGVO i. V. m. §§ 67 SGB X f., § 35 SGB I und datenschutzrechtliche Vorschriften des SGB II.

Darüber hinaus ist eine Datenverarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

### 5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Personenbezogene Daten können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach an Dritte übermittelt werden. In Betracht kommen insbesondere folgende Dritte:

Andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung), Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, Maßnahme- oder Bildungsträger, Finanzämter, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr, z.B. Polizei, Staatsanwaltschaft, Verfassungsschutz, Gerichte, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Auftragsverarbeiter, z. B. IT-Dienstleister, Vermieter bei Direktzahlung, Energieversorger bei Direktzahlung, Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Suchtberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Betreuung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Schulen (nur mit Einwilligung des Betroffenen), externe Forschungsinstitute (nur bei Forschungsanträgen, die durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales genehmigt wurden), Bundesrechnungshof, sowie Aufsichtsbehörden.

### 6. Kategorien personenbezogener Daten

Von der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach werden insbesondere folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet:

- Stammdaten und Kontaktdaten, z. B.:

Kundennummer, Bedarfsgemeinschaftsnummer, Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, Telefonnummer (freiwillige Angabe), E-Mail-Adresse (freiwillige Angabe), Familienstand, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten- und Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung.

- Daten zur Leistungsgewährung, z. B.:

Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe, -art, Bedarfe der Unterkunft und Heizung, Daten zu Unterhaltsansprüchen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, Vollstreckungsdaten, Daten zum Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz.

- Daten zur Integration in Arbeit, z. B.:

Lebenslauf, Nachweise über Abschlüsse, Angaben zu Kenntnissen und Fähigkeiten, Führerschein, schulische und berufliche Qualifikation, Leistungsfähigkeit, Motivation, Angaben zur Mobilität, freiwillige Angaben wie familiäre Situation, finanzielle Situation, Wohnsituation.

- Gesundheitsdaten, z. B.

Daten für die Betreuung im Reha-Bereich, Daten auf Grundlage der Beauftragung des medizinisch-psychologischen Dienstes der MainArbeit.

- Forschungs- und Statistikdaten

## 7. Speicherdauer

Für Daten zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Geld- und Sachleistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) besteht eine Speicherdauer von 10 Jahren. Die Frist von 10 Jahren beruht auf der gesetzlichen Möglichkeit der Rückforderung von Leistungen, wenn in diesem Zeitraum bekannt wird, dass Leistungen zu Unrecht gewährt wurden.

Eine Speicherdauer von 10 Jahren besteht auch für Daten, die aufgrund der Beteiligung des medizinisch-psychologischen Dienstes der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach angefallen sind entsprechend der jeweiligen Berufsordnung.

Im Rahmen der Projektförderung von Maßnahmen beträgt die Speicherdauer gem. den Förderbestimmungen 10 Jahre.

Erfolgt eine Förderung durch den Europäischen Sozialfond, werden die Daten nach Beendigung des Falles 13 Jahre lang gespeichert, weil dies der Rechnungslegung gegenüber der EU dient und auf EU-Regelungen beruht, Art. 140 Verordnung (EU) Nr. 1303/2013.

Ist eine Forderung der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach, insb. Rückforderung noch offen, werden die Daten gemäß § 52 SGB X 30 Jahre lang aufbewahrt, da erst dann die Ansprüche verjähren.

## 8. Betroffenenrechte

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben betroffene Personen nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO
- Widerspruchsrecht, Art. 21 DSGVO.

## 9. Widerruf einer Einwilligung

Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung beruht, besteht das Recht, die Einwilligung zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

## 10. Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich wegen der Verarbeitung personenbezogener Daten beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden, zu beschweren.

## 11. Bereitstellung personenbezogener Daten und Folgen der Nichtbeachtung

Wer Sozialleistungen bei der MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach beantragt hat oder erhält, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle leistungsrelevanten Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die Leistungsgewährung haben können. Die Mitwirkungspflichten gelten auch im Rahmen von Vermittlungsleistungen. Zu den Mitwirkungspflichten zählen insbesondere die Vorlage entscheidungsrelevanter Unterlagen und das persönliche Erscheinen. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus dem Sozialgesetzbuch. Im Falle der Nichtbeachtung können die Leistungen versagt oder entzogen werden. Zudem können Sanktionen verhängt werden.

## 12. Datenquellen

Die MainArbeit. Kommunales Jobcenter Offenbach kann unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können z.B. andere Sozialleistungsträger, Arbeitgeber, Ausbildungsbetriebe, etc. sein. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden wie z.B., Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.

## 13. Automatisierte Entscheidungsfindung

Im Rahmen des Vermittlungsprozesses werden die Arbeitsplatzanforderungen mit den Kompetenzen eines Bewerbers automatisiert abgeglichen, um eine passgenaue Vermittlung zu ermöglichen. Hierbei werden u.a. folgende Kriterien herangezogen:

Arbeitszeit, Ausübungsorte, Berufe, Ausbildungsstellen, Eintrittstermin, Kenntnisse und Fertigkeiten, Sprachkenntnisse, Ausbildung, Befristung, Behinderung (mit Einwilligung), Führerschein, Mobilität, höchster Bildungsabschluss, Reise- und Montagebereitschaft, Wochenstunden, Berufserfahrung, Branche, Deutschkenntnisse.

Je höher der Übereinstimmungsgrad der Kompetenzen mit den Anforderungen des Stellenangebotes ist, desto wahrscheinlicher ist ein entsprechender Vermittlungsvorschlag. Die Entscheidung, ob ein Vermittlungsvorschlag erstellt wird, trifft jedoch die Vermittlungs- oder Beratungsfachkraft.